

Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 26.11.2018

Öffentlicher Teil

Ort: Senatssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:14 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Stefan Fassbinder

Herr Professor Dr. Frank Hardtke

Herr Axel Hochschild

Herr Dr. Jörn Kasbohm

Herr Dr. Andreas Kerath

Herr Alexander Krüger

Herr Christian Kruse

Herr Jürgen Liedtke

i. V. für Herrn Dr. Rainer Steffens

Herr Dr. Thomas Meyer

Herr Peter Multhauf

Herr Milos Rodatos

Frau Birgit Socher

Herr Erik von Malottki

Verwaltung

Frau Jeannette von Busse

Herr Hannes Bartelt

Frau Petra Demuth

Frau Beate Schinkel

Herr Winfried Kremer

Herr Steffen Winckler

Herr Erik Wilde

Frau Katharina Metzker

Entschuldigt

Herr Axel Hochschild

Herr Dr. Rainer Steffens

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 01.10.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6. Mitteilungen der Präsidentin
7. Beschlusskontrolle
8. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 8.1. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Lilo Herrmann“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 8.2. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 8.3. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 8.4. Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 10
 - 8.5. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020
Dez. I, Amt 20
 - 8.6. Verwendung der nicht in Anspruch zu nehmenden Mittel aus der üpl. Auszahlung Zuschuss Abwasserwerk für den Ketscherinbach (B699-26/18)
Dez. I, Amt 20
 - 8.7. Leistungen des Kultur- und Sozialpasses - Abschluss einer weiteren Vereinbarung zum Ausgleich von Mindererträgen des Leistungserbringers Tierpark Greifswald e.V.
Dez. I, Amt 41
 - 8.8. Beschluss zur Errichtung eines „Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich“ aus Grundschule, Regionaler Schule, Sporthalle und Hort
Dez. I, Amt 41
 - 8.9. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2019
Prioritätenliste
Dez. II, Stabsstelle Stadt-sanierung
 - 8.10. Satzung über die Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 32
 - 8.11. Gemeindliches Einvernehmen zur Bauvoranfrage – Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Büro, Ernst-Thälmann-Ring 1
Dez. II, Amt 60
 - 8.12. Gemeindliches Einvernehmen zu den Bauanträgen – Neubau von zwei 5-geschossigen Wohngebäuden an der Karl-Krull-Straße (Haus 1 und 2)
Dez. II, Amt 60
 - 8.13. Außerplanmäßige Ausgabe für die Zahlung eines zusätzlichen Eigenanteils für die Umgestaltung Vilmer Weg – Bereich Lubminer Platz
Dez. II, Amt 60
 - 8.14. Erhöhung der Planansätze für die Förderung nachhaltiger Mobilität in der Klimapartnerschaft Greifswald – Pomerode im Haushaltsjahr 2020 im Rahmen der Haushaltsplanung
Dez. II, Amt 60

- 8.15. Naturwanderweg Dänische Wiek
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 8.16. Informationen zu einer angeblichen Lücke bei der Versorgungsphase der
Universitätsmedizin Greifswald
CDU-Fraktion
- 8.17. Festsetzung des Pachtzins für Kleingartenanlagen
CDU-Fraktion
- 8.18. Kein Anschlusszwang für Kleingärtner an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung
CDU-Fraktion
- 8.19. Kein Anschlusszwang für Kleingärten an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung
SPD-Fraktion
- 8.20. Modellbaukommune Greifswald
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 8.21. Rauchverbot auf Kinderspielplätzen
SPD-Fraktion
- 8.22. Planung Straßenausbau im OT Riems, Straße An der Wiek
Frau Marion Heinrich, Vorsitzende der OTV Riems
9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister

. informiert über drei nachträgliche Vorlagen:

- „Zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes direkt und vollumfänglich an Kommunen weiter reichen“ (06/1680)
- „Außerplanmäßige Ausgabe für die Softwareumstellung in der Meldebehörde der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (06/1681.1)
- „Außerplanmäßige Auszahlung – Parkplatz Museumshafen Nord“ (06/1683)

. bittet die Einbringer, die Dringlichkeit zu begründen.

Herr Krüger

. begründet die Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „Zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes direkt und vollumfänglich an Kommunen weiter reichen“ mit der bevorstehenden Haushaltsplanung.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

Der Oberbürgermeister

. ordnet die Beschlussvorlage unter TOP 8.23 ein.

Herr Winckler

. begründet die Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „Außerplanmäßige Ausgabe für die Softwareumstellung in der Meldebehörde der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ mit einer Umsetzung möglichst noch in diesem Jahr.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Der Oberbürgermeister

. ordnet die Beschlussvorlage unter TOP 8.24 ein.

Frau Metzker

. begründet die Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „Außerplanmäßige Auszahlung – Parkplatz Museumshafen Nord“.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Der Oberbürgermeister

. ordnet die Beschlussvorlage unter TOP 8.25 ein.

. informiert darüber, dass

- zu TOP 8.4 „*Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*“ am 19.11.2018 die Anlagen ausgereicht worden seien.
- bei TOP 8.5 der Rechnungsprüfungsausschuss nicht abstimmungsfähig gewesen sei.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 01.10.2018

Der Oberbürgermeister

. informiert über folgende übernommene Änderung beim Redebeitrag von Frau von Busse:

im TOP 6.8 Hafengebührensatzung

„Die im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen geforderte dezidierte Begründung werde noch nachgereicht.“

solle geändert werden in:

Zu den im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen geforderten dezidierten Begründungen der Kalkulation werden die entsprechenden Zuarbeiten nachgereicht.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister informiert über folgende Themen:

Auszeichnung für Greifswald

- Greifswald sei für sein Jugendprojekt zwischen Schülern des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums und Schülern der griechischen Insel Samos als herausragende Kooperation der deutsch-griechischen Versammlung gewürdigt und ausgezeichnet worden.

Haustarifverhandlungen des Theaters

- Der Aufsichtsrat habe in seiner Sitzung am 20.11.2018 den Haustarifen zugestimmt. Die Verhandlungen seien nicht einfach gewesen. Die Haustarifverträge würden rückwirkend zum 01.08.2018 abgeschlossen und hätten eine Laufzeit von sechs Jahren. Kern der Vereinbarung sei die stufenweise Anhebung der Gehälter um insgesamt knapp 15 Prozent, sodass ab August 2023 der Flächentarifvertrag erreicht werde. Weitere Bestandteile der Haustarifverträge seien der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und der Freizeitausgleich für den noch bestehenden Gehaltsverzicht.

TOP 6. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher

. informiert über folgende Themen:

Änderungsanträge, die den ursprünglichen Antrag vollkommen verändern

- Das Rechtsamt habe diesbezüglich eine Zuarbeit geliefert. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 14.12.2018 zu diskutieren, ob sie mit einer Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald einverstanden seien, die eine Einteilung der Änderungsanträge mit sich zöge:
 1. Hauptantrag
 2. Änderungs- und Ergänzungsantrag
 3. konkurrierender Hauptantrag

Verfahren zur Wahl des Kinderbeauftragten

- Es sei ein Schreiben eingegangen, dass die Wahl des Kinderbeauftragten stattfinden könne. Es gebe mehrere Varianten für das Procedere:
 1. Es erfolge eine Vorstellung der Bewerber in der Sitzung der Bürgerschaft und die Bürgerschaft entscheide.
 2. Die Bewerber würden sich im zuständigen Fachausschuss vorstellen. Dieser treffe eine Wahl und die Bürgerschaft bestätige diese.Die Fraktionen werden um eine Rückmeldung bis zum 14.12.2018 gebeten.

Plakatierung bei Wahlen

- Es müsse immer wieder festgestellt werden, dass die Vorgaben des Ordnungsamtes zur Plakatierung bei Wahlen nicht eingehalten werden. Es stelle sich die Frage, ob in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nicht auch – wie bereits in anderen Städten – eine Begrenzung der Plakate für die nächste Wahl eingeführt werden sollte.

Deutscher Städtetag

- Es werde vom 04.06. bis 06.06.2019 ein Deutscher Städtetag stattfinden. Die Vertreter würden von der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE gestellt werden.

Herr Prof. Dr. Hardtke

. fragt, ob es zur Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bereits einen Entwurf gebe.

Frau Socher

. sagt zu, die Stellungnahme des Rechtsamtes an alle Fraktionen zu verteilen.

Der Oberbürgermeister

. appelliert – bezugnehmend auf das Thema Wahlen – an die Fraktionen und Parteien, sich an den Wahlvorständen zu beteiligen, da diesbezüglich immer Personalmangel herrsche.

TOP 7. Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

TOP 8. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 8.1. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Lilo Herrmann“

06/1620 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
HA-318/18 Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 1.000,00 € vom „Förderverein Lilo Herrmann“ für die Kindertagesstätte „Lilo Herrmann“. Der Betrag soll zur Anschaffung eines neuen Klettergerüsts verwendet werden.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.2. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“

06/1621 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.3. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“

06/1622 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.4. Neuordnung der Wahlbereiche und Wahlbezirke der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1674

Herr Multhauf

. kritisiert, dass in der Vorlage gesagt werde, dass sich die Bevölkerungsentwicklung im Stadtteil Schönwalde I aufgrund eines hohen Baupotenzials noch erheblich verändern könne.

. weist darauf hin, dass keines dieser Projekte bereits im Frühjahr einzugsfertig sei und dies daher noch keine Auswirkungen auf die Wahl habe.

Frau Demuth

. stellt klar, dass dies aus vorausschauenden Gesichtspunkten aufgenommen worden sei. Bei Fertigstellung der Projekte müsse es dann nicht erneut zu einer Neuaufteilung der Wahlbereiche kommen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.5. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020

06/1654

Der Oberbürgermeister

. informiert darüber, dass die Veränderungsliste sowie die Prioritätenliste noch einmal überarbeitet werden.

Die Veränderungsliste werde morgen früh versandt. Die Prioritätenliste werde am 28.11. oder am 29.11.2018 fertiggestellt und weitergeleitet.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.6. Verwendung der nicht in Anspruch zu nehmenden Mittel aus der üpl. Auszahlung Zuschuss Abwasserwerk für den Ketscherinbach (B699-26/18)

06/1613

Herr Multhauf

. möchte wissen, ob es richtig sei, dass die letzten zwei Prozent der noch nicht ausgeschriebenen Leistungen der Erwin-Fischer-Schule deutlich teurer werden, als erwartet.

Herr Kremer

. könne diese Aussage nicht bestätigen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	0

Herr von Malottki nimmt an der Sitzung des Hauptausschusses teil.

TOP 8.7. Leistungen des Kultur- und Sozialpasses - Abschluss einer weiteren Vereinbarung zum Ausgleich von Mindererträgen des Leistungserbringers Tierpark Greifswald e.V.

06/1632

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.8. Beschluss zur Errichtung eines „Inklusiven Schulzentrums am Ellernholzteich“ aus Grundschule, Regionaler Schule, Sporthalle und Hort

06/1650.1

Eine Gegenüberstellung der Varianten für die Erweiterung von Schulkapazitäten für Grundschulen und Regionale Schulen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird den Mitgliedern des Hauptausschusses ausgereicht.

Der Oberbürgermeister

. gibt den Hinweis, auch die Zeitschiene zu beachten.

In allen Fällen sei man von einer 75-prozentigen Förderung durch EFRE-Mittel

ausgegangen ohne Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit.

Herr Rodatos

- . sei aufgefallen, dass im Schulneubauprogramm der Landesregierung dieses Projekt bereits mit einer Fördersumme eingepreist worden sei. Es handele sich dabei wohl um 5 Mio. EUR. Dies seien jedoch keine EFRE-Mittel.
- . möchte wissen, ob dieses Geld zusätzlich in das Projekt einfließe.

Frau von Busse

- . antwortet, dass es sich hierbei um die erste Rate für die Städtebauförderung handeln könnte.

Frau Schinkel

- . ergänzt, dass das Land in diesem neuen Programm Schulbauförderung alle Maßnahmen, für die Fördermittel gewährt werden, aufgenommen habe. Es handele sich hierbei nicht um zusätzliches Geld.

Herr Rodatos

- . möchte wissen, ob es sich hierbei um eine Weiterreichung von Bundesmitteln handele, wozu sich das Land im Zuge des Schulneubauprogramms verpflichtet habe oder, ob dies Mittel seien, die eigentlich im Rahmen von anderen Förderprogrammen ausgereicht werden.

Die zweite Aussage wird bestätigt.

Der Oberbürgermeister

- . informiert, dass durch Bundesmittel noch keine Förderung vorgesehen sei.

Herr von Malottki

- . sagt, dass bei Variante 2 aufgeführt sei, dass die Kosten für die inklusive Beschulung im Altbau Beimler-Straße mit hohem baulichen Aufwand verbunden seien.
- . fragt, ob diese Kosten in der Planung bereits berücksichtigt worden seien.

Dies wird bestätigt.

Herr von Malottki

- . berichtet, dass diese Thematik bereits im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des Kreistages des Landkreises Vorpommern-Greifswald angesprochen worden sei. Dort sei jedoch unklar gewesen, wie viel Zeit der Landkreis benötige, um die Beimler-Straße freigegeben zu können.
- . möchte wissen, ob es diesbezüglich einen neuen Stand gebe.

Herr Bartelt

- . informiert, dass der Landkreis ausweislich eines Briefes frühestens 2022/2023 aus dem Gebäude ausziehen werde. Danach erst würden die Umbaumaßnahmen beginnen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	3

**TOP 8.9. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2019
Prioritätenliste**

06/1618

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.10. Satzung über die Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1612

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.11. Gemeindliches Einvernehmen zur Bauvoranfrage – Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Büro, Ernst-Thälmann-Ring 1

06/1629
HA-319/18

Herr Krüger

. sagt, dass bereits in der Sitzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt und des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung gefragt worden sei, ob man die Kubatur des Gebäudes noch verändern könne. Gebe es diesbezüglich im Nachhinein Erkenntnisse?

Herr Wilde

. antwortet, dass dem Stadtbauamt keine neuen Unterlagen vorlägen.

Herr Multhauf

. erklärt, dass das Abstimmungsergebnis der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt unter der Voraussetzung zustande gekommen sei, dass der zukünftige Bauherr, ernsthaft prüfe,

1. ob der Bau einer Tiefgarage möglich sei.
2. ob der Bau wirklich acht Stockwerke hoch sein müsse.
3. wie viele Sozialwohnungen gebaut werden. Hierbei habe man sich auf zwölf geeinigt und nicht – wie in der Beschlussvorlage aufgeführt - sechs.

Herr Wilde

. sagt, dass die Vorlage fehlerhaft gewesen sei und angepasst werden musste. Die Beschlussvorlage entspreche den Unterlagen der Bauvoranfrage. Änderungen am Bauvorhaben oblägen den Bauherren, die er auch bis zum Bauantrag noch vornehmen könne. Es habe keine Veränderungen in der Geschossigkeit oder der Kubatur gegeben.

Herr Liedtke

. findet, dass sich der Bau einer Tiefgarage und die Zurverfügungstellung von sozialen Wohnungen widersprüchen.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass die Tiefgarage nicht in der Beschlussvorlage aufgeführt worden und somit nicht Gegenstand des Beschlusses sei.

Herr Dr. Meyer

. fragt, ob es richtig sei, dass die Stadt ihr Einverständnis erklären müsse, wenn die Unterlagen genehmigungsfähig seien – unabhängig von der Meinung des Hauptausschusses.

Dies wird bestätigt.

Frau Socher

. fragt nach der Bewertung der Verwaltung aus städtebaulicher Sicht.

Herr Wilde

. sagt, dass die Empfehlung der Verwaltung bereits in der Beschlussvorlage ausgeführt worden sei. Die Bauvoranfrage entspreche den Zulassungskriterien nach § 34 BauGB. Das Vorhaben sei genehmigungspflichtig und daher werde dieses Verfahren durchgeführt.

Herr Multhauf

. spricht sich gegen die Aussage der Beschlussvorlage aus, dass dieses Projekt in der Nähe von Hochhäusern errichtet werde. Außerdem sei in der Beschlussvorlage immer noch die Rede von sechs Wohnungen über das Förderprogramm Wohnungsbau Sozial. Demnach sei nichts geändert worden. . kritisiert folgende Aussage der Beschlussvorlage: „Aus Sicht der Verwaltung sind hier soziale Belange durchaus relevant, da nicht alle Bewohner, welche dieses Wohnungssegment nutzen, ein Auto haben.“

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,

1. das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zur Errichtung eines Mehrfamilienhauses und einem Büro herzustellen,
2. die Abweichung von den Bestimmungen der Stellplatzsatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.2012 bezüglich der Reduzierung des Stellplatzbedarfs entsprechend der Sachdarstellung wird befürwortet.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	4

TOP 8.12. Gemeindliches Einvernehmen zu den Bauanträgen – Neubau von zwei 5-geschossigen Wohngebäuden an der Karl-Krull-Straße (Haus 1 und 2)

06/1630
HA-320/18

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt,

das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zur Errichtung der beiden neuen 5-geschossigen Wohngebäude (Haus 1 und 2) an der Karl-Krull-Straße herzustellen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 8.13. Außerplanmäßige Ausgabe für die Zahlung eines zusätzlichen Eigenanteils für die Umgestaltung Vilmer Weg – Bereich Lubminer Platz

06/1617
HA-321/18

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss beschließt die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 72.352,13 €, für die Erstattung eines noch ausstehenden Eigenanteils für die Umgestaltung Vilmer Weg – Bereich Lubminer Platz an das Städtebauliche Sondervermögen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 8.14. Erhöhung der Planansätze für die Förderung nachhaltiger Mobilität in der Klimapartnerschaft Greifswald – Pomerode im Haushaltsjahr 2020 im Rahmen der Haushaltsplanung

06/1672

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 8.15. Naturwanderweg Dänische Wiek

06/1637 **Frau Socher**

. berichtet aus der Ortsteilvertretung Eldena, dass einige anwesende Bürger diesem Vorhaben kritisch gegenüberstünden. Der Abschnitt am Ort der Deicheröffnung habe sich zu einem Biotop entwickelt, wodurch diese Strecke meist knietief unter Wasser stehe. Hier sollte eine Alternative geprüft werden.

Herr Krüger

. antwortet, dass die Fraktion davon ausgehe, dass, wenn die Umsetzung des vorgeschlagenen Weges nicht möglich sei, nach Alternativen gesucht werde.

Herr Kruse

. ergänzt, dass der Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung sich ausdrücklich für die Umwandlung der Beschlussvorlage in einen Prüfauftrag ausgesprochen habe und demnach auch so darüber abgestimmt habe.

Herr Dr. Meyer

. fragt, ob der gleich lautende Antrag auf für den Kreistag vorgesehen sei.

Dies wird bestätigt.

Herr Multhauf

. fragt, weshalb sich der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur gegen diese Beschlussvorlage ausgesprochen habe.

Herr Rodatos

. erklärt, dass die wesentlichen Argumente der dagegen stimmenden Mitglieder des Ausschusses die Umsetzbarkeit des Naturwanderweges in der aktuellen Haushaltslage gewesen seien.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.16. Informationen zu einer angeblichen Lücke bei der Versorgungsphase der Universitätsmedizin Greifswald

06/1642

Herr von Malottki

. erklärt, dass das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft nicht entstanden sei, weil die Beschlussvorlage abgelehnt werde, sondern weil die dagegen stimmenden Mitglieder der Auffassung seien, dass es besser sei, die Beschlussvorlage an die Landtagsabgeordneten zu richten.

Die CDU-Fraktion nimmt diese Anregung auf, lässt jedoch die Beschlussvorlage in der Form bestehen.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.17. Festsetzung des Pachtzins für Kleingartenanlagen

06/1643

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.18. Kein Anschlusszwang für Kleingärtner an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung

06/1648

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.19. Kein Anschlusszwang für Kleingärten an die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung

06/1675

Der Oberbürgermeister

. bittet das erweiterte Präsidium, sich im Vorfeld zu überlegen, wie mit diesen zwei Vorlagen in der Sitzung der Bürgerschaft umgegangen werden solle.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.20. Modellbaukommune Greifswald

06/1653

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.21. Rauchverbot auf Kinderspielplätzen

06/1656

Herr Liedtke

. gibt die Anregung aus dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung weiter, die Beschlussvorlage um einige Gefahrenpunkte zu erweitern und gegebenenfalls ein Schild mit den Verboten am Spielplatz anzubringen.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass zu der Beschlussvorlage Änderungsanträge gestellt werden können, die SPD-Fraktion dahingehend die Beschlussvorlage jedoch nicht ändern werde.

Frau Socher

. möchte von der einbringenden Fraktion wissen, wie die Kontrolle vorgesehen werde.

Herr Dr. Kerath

. antwortet, dass solch ein Verbot einen general-präventiven Aspekt habe. Außerdem gebe es die Möglichkeit, dass der kommunale Ordnungsdienst – zumindest partiell –

Kontrollen durchführe.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.22. Planung Straßenausbau im OT Riems, Straße An der Wiek

06/1659 **Der Oberbürgermeister**

. informiert, dass dieses Projekt vorbehaltlich bereits in die Veränderungsliste eingepreist worden sei.

Frau von Busse

. erklärt, dass die Maßnahme aus personellen Gründen im nächsten Haushaltsjahr 2019/20 nicht umgesetzt werden könne. Deshalb bevorzuge die Verwaltung, den zweiten Teil des Beschlusstextes in die nächste Haushaltsplanung aufzunehmen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.23. Zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes direkt und vollumfänglich an Kommunen weiter reichen

06/1680

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 8.24. Außerplanmäßige Ausgabe für die Softwareumstellung in der Meldebehörde der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1681
HA-322/18

Herr Rodatos

. möchte wissen, welche Kosten für das Hosting anfallen werden, welche an die GmbH des Landes abgeführt werden sollen und ob es richtig sei, dass für den Service jährlich 43 TEUR in Abhängigkeit von den Einwohnerzahlen gezahlt werden müssten.

Dies wird bestätigt.

Herr Winckler

. informiert, dass der größte Teil der Kosten für den Betrieb der Software ausgegeben werde. Mit Rabatt handele es sich hierbei um ca. 0,60 EUR – 0,70 EUR pro Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz der Stadt.

Herr Dr. Meyer

. sagt, dass das Meldewesen zum übertragenen Wirkungskreis gehöre. Müsse dieses Vorhaben daher nicht vollständig vom Bund finanziert werden?

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass für das Meldewesen vom Land Pauschalen ausgezahlt werden, welche jedoch nicht ausreichen würden.

Herr Dr. Kasbohm

. regt an, die Summe in den Beschluss aufzunehmen.

Herr Rodatos

. fragt, ob die neue Software fähig sei, die Dienstleistungen den Bürgern in Zukunft digital anzubieten oder ob es sich nur um eine Software handele, die intern die einzelnen Vorgänge erleichtere.

Herr Winckler

. informiert, dass derzeit mit einer Software gearbeitet werde, die vom Softwarehersteller mit Updates unterstützt werde. Dies sei jedoch ein Auslaufmodell. In den nächsten Jahren werde diese Software durch die nun vorgesehene ersetzt. Danach werde die alte Software aus dem Programm genommen. Daher sei diese Umstellung in den nächsten Jahren sowieso unumgänglich.

Der entscheidende Vorteil liege darin, dass mit dieser Software eine einheitliche Oberfläche für viele Fachanwendungen in der Verwaltung geschaffen werde. Dadurch werde den Mitarbeitern auch der Wechsel von einem Arbeitsplatz zu einem anderen erleichtert. Zusätzlich habe man zukünftig die Möglichkeit, auf dieser Softwareversion weitere Softwaremodule aufzusetzen, die ein Mehr an Bürgerservice gewähren würden. Dies würden die nächsten Schritte sein.

Herr Krüger

. greift die Frage von Herrn Rodatos noch einmal auf und möchte wissen, ob es richtig sei, dass nach der Umstellung die Bürger die Dienstleistungen noch nicht digital nutzen können.

Herr Winckler

. antwortet, dass dies nicht mit dieser Softwareumstellung abgedeckt werde.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass dies jedoch von der Verwaltung angestrebt werde.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss beschließt die außerplanmäßige Ausgabe für die Softwareumstellung in der Meldebehörde der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 8.25. Außerplanmäßige Auszahlung – Parkplatz Museumshafen Nord

06/1683
HA-328/18

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss beschließt die außerplanmäßige Auszahlung i. H. v. 15.715,71 € zur weiteren Umsetzung der Umgestaltung Parkplatz Museumshafen Nord.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass seit geraumer Zeit die Busse durch die Johann-Sebastian-Bach-Straße fahren würde. Der Straßenbelag unmittelbar vor der Bushaltestelle habe sich durch das Gewicht der Busse bereits erheblich abgesenkt, sodass bei Regen die Straße sehr schnell ziemlich tief unter Wasser stünde.

. möchte wissen, ob von der Verwaltung beabsichtigt sei, diese Missstände zu beheben und wenn ja, wann.

Dies könne in der Sitzung nicht beantwortet werden.

Es wird eine Antwort zum Protokoll zugesagt.

Herr von Malottki

. stellt noch einmal klar, dass es bereits 2022/23 16 Klassen gebe, denen keine Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Davon seien zehn 5. bis 10. Klassen betroffen. 2023/24 gebe es 19 nicht versorgte Klassen, davon zwölf im Bereich 5. bis 10. Klasse.

. geht auf die Verbilligungsrichtlinie ein und möchte den Sachstand zu der durch den Änderungsantrag von Herrn Multhauf diesbezüglich beantragten Beschlussvorlage der Verwaltung wissen.

Frau von Busse

. weist darauf hin, dass es sich bei der Zeitschiene in der Beschlussvorlage zum Schulneubau um eine Zielstellung handele. Die Verwaltung gehe derzeit davon aus, das Projekt in zwei Bauabschnitten umzusetzen. Der erste Bauabschnitt könne voraussichtlich – wenn es keine Zwischenfälle geben werde – zum Schuljahr 2023/24 fertig gestellt werden. Der weiterführende Schulteil werde sich im zweiten Bauabschnitt anschließen. Im Hinblick auf die EFRE-Förderung, bei der ab 2021 die neue Förderperiode beginne, sei dies sinnvoll.

Im Beschluss der Bürgerschaft zur Verbilligungsrichtlinie sei nicht enthalten, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage entwickeln müsse, sondern dass die Ideen vorgestellt werden sollen. Daher habe sich die Verwaltung entschlossen, eine Ideensammlung in Form einer Präsentation den Mitgliedern der Bürgerschaft vorzustellen. Entweder werde dies in der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am 03.12.2018 oder in der Sitzung der Bürgerschaft am 17.12.2018 erfolgen.

Herr von Malottki

. fragt, wann die Verwaltung anstrebe, die Regionalschule zu bauen und was mit den nicht untergebrachten Klassen geschehen werde.

Frau von Busse

. könne dies derzeit noch nicht beantworten. Die Zeitschiene müsse erst erstellt werden. Wenn 2021 jedoch der EFRE-Fördermittelantrag gestellt werde, sei es unrealistisch, dass die Schule 2023 fertiggestellt werde.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass man möglicherweise schneller handeln könne, wenn die Bundesmittel frühzeitig ausgereicht würden. Diese Fördermittel seien jedoch noch nicht beantragbar.

Herr Multhauf

. möchte wissen, ob zum Neubau des REWEs in der Lomonossowallee bereits ein Bauantrag in der Verwaltung vorliege.

Herr Wilde

. antwortet, dass ein Bauantrag diesbezüglich vorliege und in Bearbeitung sei.

Herr Rodatos

. sagt, dass die Information neu sei, dass die Regionalschule wahrscheinlich nicht 2023 fertiggestellt werde. Handele es sich hierbei ausschließlich um ein Finanzierungsproblem oder um ein Problem der Planungsleistungen? Bei den Planungsleistungen könne man entsprechende Maßnahmen ergreifen – beispielsweise durch eine Priorisierung der Bauprojekte in der Stadt. Sollte es sich um ein Problem der Finanzierung handeln, müsse dies mitgeteilt werden, damit die Landesregierung oder die Bundesregierung um einen schnelleren Verzug für das Programm zum Schulneubau gebeten werde.

Frau von Busse

. antwortet, dass zum Bauen immer das nötige Geld und Personal vorhanden sein

müsse. Derzeit seien die Fachämter mit anderen großen Bauvorhaben der Stadt beschäftigt.

Es bestehe im Moment nur die Aussicht auf EFRE-Fördermittel.

Herr von Malottki

. fasst zusammen, dass Herr Rodatos' Frage gewesen sei, was die Bürgerschaft für Entscheidungen treffen müsse. Bei einem finanziellen Problem müsse an das Land appelliert werden. Sollte es an der Verwaltung liegen, müsse man prüfen, welche Bauprojekte dringend notwendig seien oder welche noch geschoben werden könnten.

Frau von Busse

. antwortet, dass die Verwaltung nach den Beschlüssen der Bürgerschaft, dementsprechend gestellten Fördermittelanträgen und genehmigten Mitteln handle.

. gibt den Hinweis, dass man sich gegenüber dem Fördermittelgeber unglaublich machen könne, wenn man Projekte verschiebe oder vollständig absage.

Gegebenenfalls könne dadurch sogar der über Jahre erarbeitete gute Ruf der Stadt in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass die Bürgerschaft beantragen könne, die zwei Sporthallen nicht zu errichten. Damit würden Fördermittel verfallen und der Ruf der Stadt würde darunter leiden, aber dann müsse man diese Entscheidung vertreten.

Die Verwaltung rate jedoch davon ab.

Herr Krüger

. fragt, ob es richtig sei, dass, auch wenn ausreichend Geld vorhanden sei, nicht die notwendigen personellen Kapazitäten in der Stadtverwaltung verfügbar seien, um die Schule mit Regionalschulteil im nächsten Doppelhaushalt in die Planung zu geben.

Herr Kremer

. erklärt, dass – unter der Voraussetzung, dass man ab Januar mit der Planung beginnen könnte – bestimmte Kriterien vorliegen müssten: ein genehmigter Haushalt, ein Beschluss des Kreistages zur Änderung der Schulentwicklungsplanung, dazu eine Genehmigung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern. Bei einem möglichen Planungsbeginn im Januar sei die Zeitschiene durchaus haltbar – unter der Voraussetzung, dass man die Baumaßnahme der Sporthalle III um ein Jahr verschiebe.

Herr Krüger

. präzisiert seine Frage: Bestehen - unter der Umsetzung aller Bauvorhaben, die derzeit in der Planungsleistung bestehen – personelle Kapazitäten, eine Planung anzuschieben? Oder werde dafür mehr Personal benötigt?

Herr Kremer

. erklärt, dass es im nächsten Jahr einen personellen Engpass geben werde, da viele Bauprojekte fertig gestellt und in 2020 neue Projekte begonnen werden. Eine Mitarbeiterin komme erst im November nächsten Jahres aus der Elternzeit zurück. Man müsse sich überlegen, ob man in der Zeit bis November die Grundschule oder die Sporthalle bearbeite. Ab November nächsten Jahres habe man dann wieder die Zeit, beide Projekte umzusetzen.

Frau von Busse

. ergänzt, dass derzeit die Empfehlung der Verwaltung darin bestehe, das Projekt Sporthalle in Angriff zu nehmen, da bei der Sporthalle die finanziellen Mittel schon seit längerer Zeit ausfinanziert seien. Die Realisierung nehme eine gewisse Zeit in Anspruch. Wenn man nicht mit der Sporthalle beginne, laufe man Gefahr, Fördermittel zu verlieren.

Herr Krüger

. fragt, ob es richtig sei, dass das Projekt „Hansering“ an den Neubau der Integrierten Gesamtschule "Erwin Fischer" gekoppelt sei und dass man durchaus Gefahr laufen könne – bei einer Nichtumsetzung des Bauprojektes Hansering – Fördermittel zurückzahlen zu müssen.

Frau Schinkel

. antwortet, dass es korrekt sei, da das Land für die Europäische Union in dem Fall einen Rückforderungsbescheid stellen würde. Es sei in dieser EFRE-Periode öfter darauf hingewiesen worden, dass zwei Ziele bedacht werden müssten: Die Bekämpfung der Armut und die bessere Förderung der Umwelt. Beide Ziele seien separat zu betrachten.

Herr Liedtke

. kritisiert, dass ein Bauprojekt gegen ein anderes ausgespielt werde.
. ist der Meinung, dass man dem Fachpersonal der Verwaltung vertrauen sollte.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses um 19:14 Uhr.

für das Protokoll

Dr. Stefan Fassbinder
Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss

Anlage:

- zu TOP 9 – Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Kerath zur Johann-Sebastian-Bach-Straße